



Zukunftsweisende Energiepolitik in Luxemburg bis zum Jahre 2000 ohne staatliche Mehrausgaben

In Luxemburg bietet sich derzeit eine besonders günstige Gelegenheit, um eine zukunftsweisende Energiepolitik in die Wege zu leiten, d.h.:

- Gemeinden bei der Umsetzung von Energiekonzepten zu unterstützen,
 - Betrieben weiterzuhelfen, die in Energiesparmaßnahmen investieren,
 - neue Technologien in die Wege zu leiten und zu fördern
- und das alles ohne, daß der Staatshaushalt belastet wird.

Was auf den ersten Blick vielleicht etwas utopisch klingt, kann bereits ab Januar 1997 Wirklichkeit werden. Die Gelegenheit mit etwa einer halben Milliarde Ge'der Franken pro Jahr Akzente in Richtung zukunftsweisende Energiepolitik zu setzen, bietet sich im Rahmen der Verhandlungen des sogenannten "accord tarifaire" - dem Vertrag zwischen Regierung und CEGEDEL, der den Strompreis regelt.

Die CEGEDEL: ein reicher Betrieb

DIE CEGEDEL: Einnahmen nahmen in den letzten 5 Jahren um fast 1 Milliarde zu!

Die CEGEDEL ist vor allem bekannt, weil sie sicherstellt, daß jeder in Luxemburg ausreichend Strom erhält.

Sie geriet in der Vergangenheit aber immer mehr in die Schlagzeilen, da sie neue Hochspannungsleitungen baut, die von betroffenen Gemeinden, der Bevölkerung und Umweltschützern als wenig sinnvoll erachtet werden.

Von den Gegnern der Leitungen wird angeführt, daß so manche dieser Leitung überhaupt nicht notwendig ist und eine reine Geldverschwendung darstellt

Dabei drängt sich dann aber die Frage auf:

Warum investiert ein Betrieb wie die CEGEDEL Hunderte von Millionen in den Bau neuer Leitungen, wenn diese keinen Sinn machen?

Eine Analyse der finanziellen Situation der CEGEDEL gibt hierüber Aufschluß:

In den letzten Jahren hat der Stromverbrauch sehr stark zugenommen, von 1986 bis 1995 um insgesamt 38,8%.

Da die CEGEDEL pro Kilowattstunde Strom, die sie verkauft in etwa 1 Flux Gewinnmarge hat (siehe Kasten), nahmen auch die Bruttoeinnahmen der CEGEDEL in diesem Verhältnis zu.

Untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die traumhaften Einnahmen der CEGEDEL, die sich aus dieser Entwicklung ergeben (die Tabelle gibt die Bruttogewinne wieder, d.h. die Einnahmen aus dem Stromverkauf minus die Ausgaben für den Stromeinkauf).

Demgegenüber haben die Ausgaben der CEGEDEL nicht in dem Maße zugenommen.

Die Mehrzahl der in Luxemburg notwendigen Leitungen ist gebaut, der Unterhalt der bestehenden Leitungen kostet kaum mehr als noch vor 10 Jahren, auch die Personalkosten haben nicht in dem Ausmaß zugenommen u.a.m.

Zum besseren Verständnis:

Der Staat überträgt der CEGEDEL die Aufgabe als Monopolbetrieb die Verteilung von Strom in Luxemburg sicherzustellen.

Die allgemeinen Rechte und Pflichten der CEGEDEL sind über den sogenannten Konzessionsvertrag geregelt.

Die finanziellen Bedingungen, u.a. der Strompreis, werden über den "accord tarifaire" der zwischen dem Staat und der CEGEDEL besteht, festgelegt.

Der Staat legt in diesem Vertrag zudem fest, wieviel Gewinn an die Aktionäre ausbezahlt werden kann. Der derzeitige "accord tarifaire" läuft am 31.12.1996 aus und wird zur Zeit zwischen der Regierung und der CEGEDEL neu verhandelt. Der Staat selbst ist mit 40% der Aktien Hauptaktionär der CEGEDEL.

Die CEGEDEL ist folglich keine normale Privatfirma.

Die Regierung hat ausreichend Möglichkeiten ihre Energiepolitik - sprich das Interesse der Allgemeinheit - durchzusetzen.

Diese Tabelle spiegelt den sogenannten Bruttogewinn der CEGEDEL wieder (in Millionen Flux). Diese Gelder stehen der CEGEDEL für ihre Energiepolitik zur Verfügung

| * | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 |
|-------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Einnahmen über Stromverbrauch | 8.077 | 8.103 | 8.410 | 8.888 | 9.250 | 9.552 |
| Ausgaben für Stromeinkauf | 5.668 | 5.495 | 5.627 | 5.893 | 5.945 | 6.254 |
| Bruttogewinn | 2.409 | 2.608 | 2.783 | 2.995 | 3.305 | 3.298 |

Neue Akzente bei der CEGEDEL setzen

Die CEGEDEL: kein normaler Betrieb

Die CEGEDEL hat also stark steigende Einnahmen, ihre Ausgaben nehmen aber nicht in dem gleichen Ausmaß zu. Dies würde bei einer normalen Firma dazu führen, daß die Firmenbesitzer größere Gewinne verbuchen und die Aktionäre mehr Gelder erhalten.

Bei der CEGEDEL ist dies anders. sie darf nur maximal 12% der "valeur nominale" der Aktien als Dividende an die Aktionäre weiterleiten. Dieses Limit ist derzeit im "accord tarifaire" festgelegt, er entspricht derzeit in etwa 240 Millionen/Jahr. Würde die CEGEDEL in einem Jahr mehr Nettogewinn machen als die erlaubten 12%, so schreitet der Staat ein und schreibt ihr neue Bedingungen vor (z.B. billiger Verkaufspreis für den Strom), um den Gewinn der CEGEDEL wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Es ist gut zu verstehen, daß der CEGEDEL nicht daran gelegen ist, daß der Staat einschreitet und ihre finanziellen Einnahmen reduziert.

Der CEGEDEL stehen also - nimmt man ihre Bruttogewinne und zählt die Summe ab, die sie den Aktionären ausbezahlen kann - erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung.

Deshalb investiert die CEGEDEL sehr hohe Summen in neue Infrastrukturen oder aber "legt" sie buchhalterisch in sogenannten Reserven "an" - derart macht sie nicht "zuviel" Gewinn und der Staat interveniert nicht.



Die Leitung Diekirch-Fleibour konnte verhindert werden - ihr Bau war nicht notwendig

Unsere Schlußfolgerungen

Fazit 1: Da eine Zunahme vom Energieverbrauch der CEGEDEL neue Gelder einbringt, ist der CEGEDEL heute nicht daran gelegen, daß Strom eingespart wird. Sie ist vielmehr finanziell daran interessiert, daß der Stromverbrauch ansteigt. Die CEGEDEL wird finanziell sozusagen dafür belohnt, wenn die Umweltbelastung durch den Stromverbrauch zunimmt.

Fazit 2: Die CEGEDEL steht sich finanziell außerordentlich gut. Zur Illustration: Der Wert ihrer Aktie ist an der Börse in den letzten 6 Monaten um 77,9% angestiegen! Die CEGEDEL verfügt zudem über hohe finanzielle Reserven

Fazit 3: Die CEGEDEL ist - im Gegensatz zu normalen Firmen - nicht gezwungen ihre Investitionen sorgfältig zu planen.

Die CEGEDEL: wenig sinnvolle Investitionen

Die CEGEDEL "muß" also quasi jedes Jahr erhebliche Summen Geld investieren.

Im Schnitt gibt die CEGEDEL jährlich rund 750 Millionen für Neuinvestitionen - vor allem für den Bau von neuen Hochspannungsleitungen - und 250 Millionen für den Unterhalt der bestehenden Leitungen aus. Während an den 250 Millionen für den Unterhalt kaum etwas auszusetzen ist, lohnt es sich die Ausgaben für neue Hochspannungsleitungen genauer zu analysieren.

So hat die CEGEDEL seit 1965 etwa 20 Milliarden in den Bau neuer Leitungen investiert. Das Resultat ist ersichtlich: jeder ist in Luxemburg mit Strom versorgt, das CEGEDEL-Netz ist in einem sehr guten Zustand und stark ausgebaut, die Landschaft ist zum Teil zerschnitten.

Trotzdem investiert die CEGEDEL - aus den beschriebenen Gründen - weiterhin vor allem in Hochspannungsleitungen, statt in eine zukunftsweisende Energiepolitik.

Durch die Analyse der CEGEDEL kommen wir zum Schluß, daß durch:

- die übertrieben gute finanzielle Situation der CEGEDEL
 - die unnötigen Ausgaben für verschiedene Hochspannungsleitungen
- rund 300-500 Millionen Flux pro Jahr im Budget der CEGEDEL eingespart und in eine zukunftsweisende Energiepolitik investiert werden könnten.

Die falschen Investitionen der CEGEDEL: für ein Moratorium für den Bau Hochspannungsleitungen

Die CEGEDEL plant derzeit an einem weiteren massiven Ausbau der Hochspannungsleitungen: in etwa 15 neue Leitungen stehen zur Diskussion. Die CEGEDEL legt bisher - auch den Gemeinden - keine Analysen vor, die beweisen würden, daß der Bau dieser Leitungen auch wirklich notwendig ist. Angesichts der erheblichen Zweifel, die an der Investitionspolitik der CEGEDEL bestehen, treten wir deshalb dafür ein, daß ein Moratorium für den weiteren Bau von Hochspannungsleitungen beschlossen wird. Dieser Baustop sollte solange gelten, bis die notwendigen technischen Berechnungen vorgelegt werden, warum welche weitere Leitung gebaut werden soll und welche Alternativen (z.B. Eigenstromproduktion, Energiesparen) es hierzu gibt.

Das Beispiel Belgien: In Belgien besteht zur Zeit de facto ein Moratorium für den Bau von neuen Hochspannungsleitungen. Das Moratorium gilt bis 1997. Bis dahin soll die ELECTRABEL - das Energieversorgungsunternehmen -, die 1995 ihren 10 Jahresinvestitionsplan 1996 -2005 vorlegte, ihre Vorschläge betreffend Hochspannungsleitungen noch einmal überdenken und auch die technische Notwendigkeit der Planungen vertiefen. In Belgien werden die Diskussionen um den Investitionsplan der ELECTRABEL weitaus demokratischer und transparenter geführt als in Luxemburg. So muß die ELECTRABEL zum Beispiel detaillierte Berechnungen (Auslastungen der Leitungen, Lastflußdiagramme,...) vorlegen und sich einer demokratischen Diskussion stellen (Anhörung in der Energiekommission und im Parlament, Entscheidung im Regierungsrat). Aufgrund der Einsprüche der Umweltbewegung und der Gewerkschaften, ja sogar Teilen der Wirtschaft, mußte die ELECTRABEL ihren Investitionsplan über die Hochspannungsleitungen zurückziehen und ihn demnächst - überarbeitet - wieder vorlegen.

Überdenken der Rolle der staatlichen Vertreter in dem CEGEDEL-Verwaltungsrat

Es ist erschreckend und doch wahr: bei der CEGEDEL werden milliardenschwere Ausgaben im Hauruckverfahren entschieden. So wurde z.B. der 5-Jahres-Investitionsplan, die Auflistung der Leitungen, die in den nächsten Jahren gebaut werden sollen, Ende 1995 erst in der Sitzung selbst ausgeteilt. In 5 Minuten wurde der Investitionsplan gutgeheißen, ohne das irgendwelche technischen Berechnungen vorlagen. Der Staat hat 4 Vertreter im Verwaltungsrat der CEGEDEL: diese sind allerdings überrumpelt, wenn Unterlagen erst in den Sitzungen ausgeteilt werden. Es ist demnach nicht verwunderlich, daß die "Direktoren" der CEGEDEL ihre Sichtweise bisher durchsetzen konnten.

Es ist eigentlich nur der kontinuierlichen Arbeit der Umweltbewegung, einiger Gemeinden und Parlamentarier zu verdanken, daß

- bestimmte unnütze Leitungen verhindert und somit Fehlinvestitionen in Millionenhöhe verhindert wurden (siehe Leitung Fléibour -Diekirch; siehe Leitung Roost-Redange) ;
- eine Diskussion über die Ausrichtung der CEGEDEL und innovative Konzepte - Garantiepreise für Strom aus Block-Heiz-Kraftwerken und Wind, Errichtung eines GuD-HKW, Energiesparaktivitäten der CEGEDEL -geführt wurden.

Wir fordern deshalb als Mouvement Ecologique, daß:

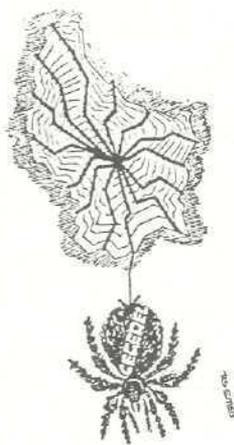
- die Vertreter des Staates in die Lage gesetzt werden, ihrer wichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Ihnen muß sowohl die notwendige Zeit, als auch das inhaltliche Know-How (siehe Audits) zur Verfügung gestellt werden
- die zuständigen Minister (und die Vertreter des Staates) demokratisch kontrolliert werden (z.B. alle 3 Jahre im Parlament);
- eine Untersuchung (ein sogenanntes Audit) durch ein unabhängiges Expertenbüro, über die finanzielle Situation der CEGEDEL durchgeführt wird;
- ein energiepolitisches Audit über die geplanten Investitionen der CEGEDEL (welche Leitungen überhaupt Sinn machen und welche nicht) realisiert wird.

Der Strompreis in Luxemburg

Noch günstigere Bedingungen für die CEGEDEL?

Luxemburg wird wahrscheinlich schon 1997 seinen Strom billiger im Ausland einkaufen können als bisher. Dies vor allem, weil das deutsche Energieversorgungsunternehmen RWE, von dem wir den Strom einkaufen, seine Preise für Großkunden - wegen der Liberalisierung des europäischen Strommarktes und dem entstehenden Konkurrenzkampf -, senken wird. Um seinen Kunden Luxemburg nicht zu vertieren - und Luxemburg zahlt pro Jahr immerhin 7 Milliarden an die RWE - wird die RWE Luxemburg aller Voraussicht nach eine Senkung des Preises in der Größenordnung zwischen 300 bis 600 Millionen zugestehen.

*Lëtzebuerg ënnert
Heichspannung?!*



(Werte der CEGEDEL aus der Berichterstattung des Luxemburger Worts zur Jahreshauptversammlung, 18. Juni)

Prinzipielle Grundsatzentscheidung über den Strompreis

Zwei Fakten stehen demnach im Raum:

- die CEGEDEL hat "zuviel Geld" bzw. investiert das Geld falsch;
- Luxemburg wird mehr als wahrscheinlich den Strom in Zukunft billiger einkaufen können.

Insgesamt beläuft sich der diesbezügliche Spielraum auf 600 Millionen - 1 Milliarde.

Der Staat hat zwei Möglichkeiten auf diese Situation zu reagieren:

- den Strompreis zu senken oder aber
- den Energiepreis auf der heutigen Höhe zu halten und die zur Verfügung stehenden Gelder einer zukunftsweisenden Energiepolitik zugute kommen zu lassen.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, daß es in jeder Hinsicht - ökologisch, betriebs- und volkswirtschaftlich - zwingend wäre, den Energiepreis zumindest auf dem heutigen Niveau zu halten und die Gelder in eine neue Energiepolitik zu investieren, denn:

- Die Energiepreise in Luxemburg sind bereits heute absolut konkurrenzfähig. Die Tabelle zeigt auf, daß wir heute bereits niedrige Energiepreise haben.

- Eine Reduktion der Energiepreise würde nur sehr Wenigen nutzen. Würde der Energiepreis fallen, so würde ein Vierpersonen-Haushalt gerade einmal schätzungsweise 1.500.- Flux pro Jahr einsparen. Nur einige wenige große Industrien würden 30-40 Millionen einsparen. Auch das Handwerk ginge quasi leer aus.
- Billige Energiepreise verschlechtern darüber hinaus die Wettbewerbsfähigkeit rationeller Produktionsweisen (Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen) und regenerativer Energien bzw. machen Energiesparmaßnahmen weniger attraktiv, was nicht wünschenswert ist.
- Zudem steht wohl zweifelsfrei fest, daß nun, wo es gilt Energie einzusparen und auf EU-Ebene über eine Erhöhung der Energiepreise durch eine Energiessteuer diskutiert wird - es das falsche Signal wäre, in Luxemburg den Energiepreis zu senken.

Wir treten dafür ein, daß die Gelder nicht gemäß dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern sehr zielorientiert verwendet werden müssen, um:

- eine Reduktion der CO₂-Emissionen herbei zu führen;
- bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Der Staat soll die Chance nutzen und mit dem Geld eine gezielte Energiepolitik machen.

Energiepreis in Luxemburg - bereits relativ gering im Vergleich mit dem Ausland

| Industrieller Gebrauch | Preis in Luxemburg | Preis Frankreich | Preis Belgien | Preis BRD |
|---------------------------------|--------------------|------------------|---------------|-----------|
| 100 kW, 1600 h (Bsp. Hotel): | 100 | 87 | 113 | 120 |
| 1000 kW, 4000 h (Handwerk.) | 100 | 88 | 101 | 114 |
| 10.000 kW, 5000h (Großindustr.) | 100 | 102 | 104 | 145 |

Für eine gezielte Energiepolitik des Staates

Einesinnvolle Verwendung der Gelder

Stellt sich die Frage, wie die 1/2 -1 Milliarde/Jahr am besten eingesetzt werden kann. Es bieten sich zwei Möglichkeiten an:

- die Regierung geht davon aus, daß die CEGEDEL die Milliarde rationell verwendet oder aber
- die Regierung übernimmt eine stärkere Verantwortung und arbeitet mit den zur Verfügung stehenden Geldern ein strategisches Energiekonzept aus.

Im I.Kapitel haben wir bereits angeführt, warum die CEGEDEL kein Interesse an einem strategischen Energiekonzept hat.

Die CEGEDEL sollte sich vom Energieversorgungsunternehmen zu einem Dienstleistungsunternehmen wandeln. Es wäre aber widersinnig zu hoffen, daß sie - als ein Betrieb, der seine Gewinne durch einen Mehrverkauf von Strom zu erhöhen will - der geeignete alleinige Akteur wäre, um eine massive Reduktion des Energieverbrauchs herbeizuleiten. Wir treten für eine doppelte Vorgehensweise ein:

- der Staat soll sicherstellen, daß die CEGEDEL eine ökologische Politik durchführen muß (z.B. einen Nachweis erbringen für den Bau neuer Hochspannungsleitungen mittels des "Least-Cost-Plannings" Prinzips)
- zusätzlich braucht unser Land aber einen schlagfertigen Akteur, der mit Konsequenz an Energiesparmaßnahmen arbeitet und den alternativen Energien zum Durchbruch verhilft.



Energien sparen und neue Energien fördern - die Weichen für morgen setzen

Die Länder, die in Europa führend in der Energiepolitik sind (Dänemark, Schweiz, Niederlande) haben eine Doppelstrategie:

- Entwicklung eines nationalen Energiekonzeptes mit den notwendigen finanziellen und gesetzlichen Mitteln unter Federführung des zuständigen Ministeriums;
- Schaffung der notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen, damit die Energieversorgungsunternehmen zu modernen Energiedienstleistungsunternehmen werden. So haben sowohl die Niederlande als auch Dänemark bereits das "Least Cost Planning" für ihre Elektrizitätswerke eingeführt.

Der Mouvement Ecologique spricht sich deshalb dafür aus, daß die **Gestion der 1/2 - 1 Milliarde nicht der CEGEDEL überlassen oder mit der Gießkanne verteilt werden sollen, sondern eine gezielte staatliche Politik in die Wege geleitet werden muß und entsprechend die Gelder vom Staat eingesetzt werden sollten.**

Unsere konkreten Vorschläge

Wir sind der Überzeugung, daß die 1/2 bis 1 Milliarde in einen staatlichen "Fonds de l'Energie" einbezahlt werden soll.

Der Weg dazu ist recht einfach. Bei den Neuverhandlungen des "accord tarifaire" sollte festgehalten werden, daß:

- die CEGEDEL einen Teil ihres Gewinns an den Staat ableiten muß (300 - 500 Millionen).
- die Reduktion des Preises des Importstroms nicht zu geringeren Strompreisen in Luxemburg führt, sondern der Staat diese 300-500 Millionen nutzen wird.

Im Klartext könnte folgende Passage festgeschrieben werden:

"Toute diminution sur le montant des achats d'électricité auprès des fournisseurs de l'énergie électrique de source non indigène sera versée au profit d'un fonds étatique pour la production et l'utilisation rationnelle de l'énergie."

Le concessionnaire dotera ce fonds par ailleurs moyennant un abandon de recettes sur vente d'électricité équivalent à 8,5 % des ventes d'électricité."

Entsprechend sollte im Staatsbudget 1997 ein neuer Budgetposten geschaffen werden, der mit mindestens 500 Millionen dotiert ist, und dessen Libelle wie folgt lauten sollte:

"Fonds pour la Production et l'utilisation rationnelle de l'énergie".

5 Jahre nach Rio: Zukunftsweisende Energiepolitik

Die Chancen

Mit der Schaffung des von uns vorgeschlagenen Energiefonds würde es möglich werden, in den nächsten Jahren, Luxemburg im Energiebereich auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten und folgende Ziele zu erreichen:

- Verminderung der CO₂-Emissionen, Einlösen der internationalen Konventionen sowie des Regierungsprogrammes.
- Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Da sowohl die Vorräte von Erdöl als auch von Gas in Bälde zur Neige gehen (ihre Laufzeit wird auf 50 Jahre geschätzt) kann jetzt schon vorausgesagt werden, daß spätestens in 10 bis 15 Jahren diese Energieformen umkämpfter sein und die Preise mit Sicherheit ansteigen werden. Heute in Energiesparmaßnahmen investieren heißt auch, den finanziellen Spielraum von morgen - beim Staat, Gemeinden und Privaten - vergrößern.
- Energiepolitische Akzente können positive Impakte auf die Arbeitsmarktsituation haben und zu einer Stärkung der industriellen Struktur führen.
- Zudem wird die Landschaftsverchandlung durch den Bau immer neuer Hochspannungsleitungen wesentlich verringert. Desweiteren werden die Gesundheitsbelastungen der Anrainer der heutigen Hochspannungsleitungen, die durch das Programm "actions points noirs" verlegt werden, reduziert.

Anregungen für eine neue Energiepolitik

Das Ausland bietet uns die Möglichkeit auf Erfahrungen rückzugreifen und sinnvolle Maßnahmen durchzuführen:

1. Bestehende Programme ausbauen - Gemeinden unterstützen

Der Staat verfügt bereits über Programme, jedoch ist ihr Impakt gering, da wenig Gelder zur Verfügung stehen. Zwei Beispiele:

a) Kommunales Programm PEEC

Ab 1997 unterstützt der Staat Anstrengungen von Gemeinden finanziell, z.B. bei:

- der Erstellung von kommunalen Energiekonzepten;
- der Isolierung von kommunalen Gebäuden;
- Energiemanagementsystemen (Tageslichtsteuerung,...);
- Wärmekraftkopplungsanlagen;
- Biomasseinstallationen;
- Öffentlichkeitsarbeit.

Es ist bedauerlich, daß für die gute Initiative insgesamt nur 30 Millionen pro Jahr zur Verfügung stehen, was bei 118 Gemeinden geradezu lächerlich ist.

Die Schaffung eines Energiefonds würde es erlauben, hieraus ein echtes Instrument für die notwendige Energiewende auf der Ebene der Gemeinden zu machen.

Während einem gewissen Zeitrahmen sollten mind. 200 Millionen pro Jahr für die Gemeinden zur Verfügung stehen.

b) die Energiesparmaßnahmen der Bautenverwaltung

Für reine Energiesparmaßnahmen an Gebäuden des Staates stehen gerade mal 20 Millionen zur Verfügung! Sogar die zuständigen Beamten klagen darüber, daß mit einem solch verschwindend kleinen Budget nicht einmal das nötigste erledigt werden kann. Von der Vorbildfunktion des Staates, die in der Regierungserklärung verankert ist, kann keine Rede gehen.

Der **Mouvement Ecologique** tritt für einen Mindestkredit von 100 Millionen jährlich während eines gewissen Zeitrahmens ein.

2. Förderung von Energiespartechnologien im industriellen Bereich

Die Luxemburger Industrie ist auch ohne ARBED bei weitem der größte Energieverbraucher Luxemburgs (Strom, Gas) und damit auch der größte CO₂-Verursacher. Ein positives Beispiel um die Belastungen der Industrie zu vermindern gibt es in Dänemark.

In Dänemark blieben freiwillige Versprechungen der Industrie Energie zu sparen ohne Erfolg. Deshalb führt Dänemark nun die Politik der "Mohre und der Peitsche" durch - Mohre für die technischen und finanziellen Hilfestellungen, Peitsche für die Einführung einer Energiesteuer. Die Betriebe, die in Umweltschutzmaßnahmen investieren, werden belohnt, solche, die sich ihrer Verantwortung entziehen, müssen höhere Energiepreise in Kauf nehmen.

5 Jahre nach Rio: Zukunftsweisende Energiepolitik

Seit dem 1.1.1996 gibt es in Dänemark folgende Energiesteuer für Betriebe:

- alle Betriebe sind von der Steuer betroffen, auch die energieintensiven. Besonders energieintensive Betriebe werden finanziell etwas weniger belastet;
- die Steuer ist zeitlich gestaffelt, sie wird mit den Jahren erhöht.
- die Einnahmen aus dem Steueraufkommen fließen von 1996 bis 2000 integral an die Industrie zurück, unter Form von Finanzierungshilfen für Energieeinsparinvestitionen;
- integraler Bestandteil des Programmes ist die Ausbildung von 25 hochspezialisierten Energieexperten, die der Industrie zur Verfügung gestellt werden, um ihre Energieeinsparmaßnahmen zu planen und umzusetzen;
- den einzelnen Industrieunternehmen können bis zu 40% der Steuern nachgelassen werden, falls sie sich mit dem Energie- und Umweltministerium auf einen verbindlichen Energieeinsparplan festlegen können;
- nach dem Jahr 2000 - es ist davon auszugehen, daß in den fünf Jahren von 1996 bis 2000 aufgrund der konsequenten Energiesparmaßnahmen der größte Anteil der möglichen Einsparungen realisiert sein wird -, werden die Einnahmen der Steuer dafür verwendet, die Lohnnebenkosten zu senken. So werden sich positive Impulse für den Arbeitsplatzmarkt erwartet.

Das dänische Modell enthält durchaus auch überlegenswerte Ansätze für Luxemburg.

3. Schaffung von Nah-Wärmenetzen

Der Aufbau von Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen und die Schaffung von Nahwärmenetzen ist ökologisch eine der wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderung.

In Luxemburg ist aufgrund des 1994er Energiegesetzes und dem Ausführungsreglement über den garantierten Einspeisepreis für Strom aus BHKW bis 1,5 MW - ein Reglement das auf Vorschläge des Mouvement Ecologique zurückgeht - der Markt für Wärme-Kraft-Kopplung in Schwung gekommen

Es gibt zur Zeit aber keine finanzielle Hilfestellung für den Aufbau von Wärmenetzen, so daß lediglich die wirtschaftlich sehr rentablen Projekte durchgeführt werden. Nur ein flächendeckender Ausbau von Wärmenetzen ermöglicht aber eine Erreichung der CO₂-Ziele. Deshalb müßte die Regierung eine finanzielle Hilfestellung leisten, besonders für den Aufbau eines Wärmenetzes im Rahmen des Baus einer G.u-D-Zentrale auf Esch-Belval.

Dieses Informationsblatt wurde von der Umweltschutzorganisation Mouvement Ecologique veröffentlicht.

*Unsere Adresse:
Mouvement Ecologique
6, rue Vauban
L - 2663 Luxemburg
Tel. 439030 / Fax 422242*

Wir schicken Ihnen gerne Informationen über unsere Organisation zu und freuen uns über jede Spende: CCP39217-29

4. Förderung von Energiesparmaßnahmen

Die Schweiz hat als Ziel, ihren Energieverbrauch zu stabilisieren. Ziel des von 1990 bis 1995 durchgeführten Programmes RAVEL war es, die "intellektuellen Voraussetzungen" für Stromeinsparmaßnahmen zu schaffen.

So wurde eine Priorität auf die Aus- und Weiterbildung der Energiefachleute aus den staatlichen und kommunalen Einrichtungen, einschlägigen Ingenieurbüros, sowie den Energiebeauftragten der Dienstleistungsbranche (Banken) sowie Handwerk und Industrie gelegt.

Mehr als 9.000 Leute haben sich an den Kursen beteiligt. Pilotprojekte in den wichtigsten Sparten (Industrie, Banken, Restaurants, Supermarktketten,...) haben bewiesen, daß riesige Stromsparpotentiale (bis zu 45%) in allen Bereichen vorhanden sind.

Das Wissensdefizit, das bei Ingenieuren, Architekten, den Entscheidungsträgern bei Staat und Privaten besteht, konnte derart weitgehendst beseitigt werden.

5. Förderung erneuerbarer Energien

Es gibt gute Rahmenbedingungen für Windenergie und teilweise für Solarkollektoren. Zusätzlich bieten sich folgende Maßnahmen an: im Bereich der Biomasse sollten Pilotanlagen gefördert werden, für die solare Stromversorgung (Photovoltaik) sollte eine kostendecken-